

terInnen werden insbesondere in den Verteilerzentren eingesetzt. Im BZW hat die Zahl der LeiharbeiterInnen zu Spitzenzeiten 500 Personen erreicht – das ist fast die Hälfte des BZW-Personals. Im Moment sind dort immerhin noch 250 LeiharbeiterInnen beschäftigt (Der Standard, 2. April 2003).

Trotz mehrfacher Anfragen ist es uns nicht gelungen, Auskünfte über die Beschäftigungsverhältnisse bei der 75prozentigen Post-Tochter „feibra“ zu erhalten. Bei der „feibra“ handelt es sich um Österreichs größten privaten Werbemittelverteiler. Die Verteilung erfolgt so, dass unadressierte Werbeaussendungen an der Haustüre hinterlassen werden. Bis zum Einstieg der Post im Jahr 2002 war die „feibra“ jedenfalls für ihre extrem prekären Beschäftigungsverhältnisse bekannt. Die VerteilerInnen, viele davon MigrantInnen und Flüchtlinge mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus, wurden ohne Vertrag auf einer täglichen Basis beschäftigt. Die MitarbeiterInnen finden sich zu einem bestimmten Zeitpunkt – in der Regel sehr früh am morgen – an einem bestimmten Treffpunkt ein und bekommen dort für den jeweiligen Tag eine Route und das zu verteilende Material zugeteilt. Abgerechnet wird im nachhinein. Viele der „feibra“-VerteilerInnen besaßen in der Vergangenheit weder Sozial- noch eine Gesundheitsversicherung. Rechtlich galten sie als selbstständige UnternehmerInnen. Im Geschäftsbericht 2002 wird der Einstieg bei der „feibra“ wie folgt begründet:

„Im stark umkämpften Markt der Verteilung von unadressierten Werbemitteln stehen den Kunden der Österreichischen Post AG somit zwei Verteilschienen zur Verfügung. Je nachdem, ob der Kunde die Zustellung in die Hausbrieffachanlagen oder direkt an die Wohnungstür wünscht, kann zwischen der Post-Zustellung und der Verteilung durch die Post-Tochter feibra AG gewählt werden.“ (S. 11)

2.1.5. Arbeitszeit

Neben der Zunahme von Teilzeitarbeit gibt es nach Ansicht der Personalvertretung auch einen Trend zu steigenden Überstunden pro MitarbeiterIn:

„Wenn Sie heute in einem Postamt hundert Zusteller und Zustellerinnen haben und sie haben eine 20prozentige Personalunterdeckung, d.h. dass 20 Rayons nicht besetzt sind, dass müssen die übrigen diese 20 Rayons mit übernehmen. Die Post muss ja trotzdem zugestellt werden. Die 20prozentige Unterbesetzung ist bei großen Dienststellen in Wien keine Seltenheit. Wenn sie Personal reduzieren, aber die Dienstleistungen im selben Ausmaß aufrechterhalten. ... bedeutet das mehr Überstunden. Wir haben Mitarbeiter, die bis zu 100 Überstunden im Monat machen.“ (Interview 7)

Überstunden würden vor allem dort entstehen, wo Personal nicht durch technologische Rationalisierungen, wie neue Sortiermaschinen, eingespart werden können – wie bspw. bei den oben angesprochenen ZustellerInnen. Hier würden sie auch weiterhin entstehen, obwohl die Unternehmensleitung regelmäßig eine Reduktion von Überstunden anordnet.